

Der Arbeiter

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Vorkäufen. Es ist Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ der Arbeiterbewegung. Schriftleitung: Dr. Walter Kretschke & Hermann Kretschke, Dr. 240/5, 240/6, 240/7, 240/8. Vertriebsstelle: Vertriebsstelle mittags von 13 bis 14 Uhr. — Inverantwortung: eingetragener Redakteur ist Herr des Redaktionsbüros.

Verlagspreis monatlich 2,00 und 0,50 M. Subskriptionspreis, insgesamt 2,50 M. für Arbeiter monatlich 0,50 M. Verlagspreis 2,50 M. durch Postboten zugestellt 2,70 M. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,60 M. — Einzelpreis 15 Pf. im Einzelnen und 80 Pf. im Abonnement der Vierteljahre, halbjährlich und jährlich. Dr. Kretschke & Hermann Kretschke, Dr. 240/5, 240/6, 240/7, 240/8. Postfachkonto 20310 Erfurt.

Der falsche Weg Die Senkung der Reallohnne durch die Notverordnung

Wenn man aus der verwirrenden Fülle der Einzelheiten, die die Notverordnung der Reallohnne durch die Senkung der Reallohnne durch die Notverordnung, das sozial und wirtschaftlich bedingte herabsetzen will, so muß man den ersten Teil mit der Überleitung „Preis- und Währungsnotverordnung“ mit dem letzten Teil vergleichen, der die schamhafte Überleitung „Arbeitsrechtliche Vorschriften“ trägt, unter der sich der weniger schamhafte Anhalt der Lohn- und Gehaltsentwertung verbirgt.

Von einer Senkung des Reallohnes, die von Herrn Brüning und Herrn Eichelstein oft als das Ziel ihrer wirtschaftspolitischen Pläne verkündet worden ist, kann praktisch keine Rede sein.

Durch gelegentlichen Eingriff in die laufenden Tarifverträge wird bestimmt, daß vom 1. Januar 1932 ab die Lohn- und Gehaltsätze auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt

Brüning unterhandelt neu

Bezeichnung mit den sozialdemokratischen Führern

Der Reichstagspräsident hat zu Mittwochsmitting die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu sich gebeten, um ihnen einige ergänzende Mitteilungen über den Inhalt der neuen Notverordnung zu machen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird am Donnerstagabend, dem 10. Dezember, die Notverordnung zusammenfassen. Die Gesamtsession der sozialdemokratischen Partei ist für Montagabend, dem 13. Dezember, einberufen.

werden sollen. Jedoch soll die Herabsetzung bei den Tarifverträgen, die nach dem 1. Juli 1929 schon eine Lohnsenkung hinter sich haben, nicht über 10 Proz. hinausgehen, bei den Tarifverträgen, deren Lohn- und Gehaltsätze seit dem 1. Juli 1931 nicht herabgesetzt worden sind, soll die Senkung nicht über 15 Proz. hinausgehen. Bei den Arbeitern und Angestellten des Kohlen- und Raubergbaus und bei den Arbeitern, für die am 10. Januar 1927 keine tarifvertragliche Regelung bestand, werden die Kürzungen um 10 oder 15 Proz. auch dann vorgenommen, wenn damit die Höhe vom 10. Januar 1927 unterschritten werden.

Im Durchschnitt wird man also für die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten mit einer Senkung um mindestens 12½ Prozent gegenüber den bestehenden Reallohnverhältnissen zu rechnen haben.

Das ist von der grundsätzlichen Bedeutung des Eingriffs in das Tarifvertragsrecht ganz abgesehen, ein sehr klarer und eindeutiger Tarifvertragsbruch.

Welche Preisentfaltungen bzw. Senkungen der Lebenshaltungskosten werden demgegenüber zur Abwertung des Reallohnne als Wertaufschlag zu erwarten sein? Sobald wir das prüfen wollen, kommen wir gegenüber dem klaren Tatbestand der Lohnsenkungen auf sehr unangenehme Gebiete. Am klarsten liegt auf dem Gebiete der Lebenshaltungskosten die Mietentwertung. Die Mieten von Altimwohnungen werden vom 1. Januar 1932 ab um 10 Proz. der Friedensmiete gekürzt. Da die tatsächliche Miete gegenüber der Friedensmiete in Berlin, auf 155,5 Proz. der Friedensmiete liegt, so bedeutet in diesem Falle die 10prozentige Senkung der Friedensmiete eine 7½prozentige Senkung der gegenwärtigen Mietsumme. In anderen Dörfern, in denen der heutige Aufschlag zur Friedensmiete etwas tiefer liegt, wird die prozentuale Senkung von der gegenwärtigen Miete etwas höher sein.

Wir werden also vielleicht im Durchschnitt mit einer achtprozentigen Mietentwertung zu rechnen haben.

Nehmen wir weiter an, daß bei den Bauwerken von Altimwohnungen die Miete im Durchschnitt 20 Proz. der Lebenshaltungskosten ausmachen soll, so würden wir auf diesem Gebiet zu einer Senkung der Lebenshaltungskosten von rund 1,6 Proz. gelangen. Bei den Neubauten ist der Effekt schwerer zu übersehen, weil hier die Mietenentwertung im Einzelfall bei der Entlastung durch die Zinsentwertung, die die Verordnungen vorsehreiben, anfallen soll. Man wird aber hier vielleicht mit Zinsentwertungen von 10 bis 15 Proz. je nach der Art des Einzelfalles rechnen können. Man wird weiter annehmen müssen, daß bei den Neubauten die bisherige Miete oft bis auf 25 bis 30 Proz. der Lebenshaltungskosten steigt, so daß sich in diesen Fällen aus der Mietenentwertung ein Ausstieg für Lohn- und Gehaltsentwertung ergeben kann, der zwischen 3 und 5 Proz. schwanken mag. Dabei ist sogar zu berücksichtigen, daß von dem Schmelz der Bevölkerung, das in Neubauten wohnt, der größere Teil der Soldat der Beamten, Angestellten und gehobenen Arbeiter angehört. Daraus ergibt sich also, daß der Ausstieg durch Mietenentwertung bei der untersten Schicht weitgehend geringer sein wird als bei der obersten Schicht der Lohn- und Gehaltsempfänger.

„Geben wir nun zu den sonstigen Preisentfaltungen über,

Weitere Prüfung durch den Sonderausschuß der B33. Die deutschen Privatschulden

Der Komiteebericht des deutschen Delegierten Dr. Melchior

Basel, 8. Dezember. (Eigenbericht)

Im Sonderausschuß der B33, erstellte der deutsche Delegierte Dr. Melchior am Dienstagvormittag im Namen des deutschen Komitees, das am Dienstagabend gewählt worden war, um die Statistiken über die Privatschulden zu prüfen, die die deutsche Delegation unterbreitet hat, einen Bericht.

Das Unterkomitee stellte fest, daß die ihm vorgelegten Statistiken, trotz der großen Schwierigkeiten, die mit ihrer Aufstellung verbunden waren, eine sehr sorgfältige Arbeit darstellen. Es ist gegenwärtig mit einer Nachprüfung der Statistiken beschäftigt und vergleicht sie mit den Zahlen, die den in Basel anwesenden Delegierten zur Verfügung stehen. Diese Nachprüfung ist indessen sehr schwierig, da die Statistiken Deutschlands und die der anderen Länder vielfach auf verschiedenen Grundlagen beruhen. Die Differenz zwischen den Zahlen des Wiggins-Komitees und den neuen Zahlen ist auf den Umstand zurückzuführen, daß die Privatschulden ihrer Größe den deutschen Verhältnissen erst später zu kommen liegen. Hinsichtlich der kurzfristigen Bank-

schulden tritt in den neuen Ziffern eine Erhöhung um 3 Millionen Mark ein, während sich die Privatschulden gegenüber dem Bericht des Wiggins-Komitees um 3,2 Millionen Mark erhöhen. Das Unterkomitee hat die deutsche Delegation um ergänzende Mitteilungen ersucht.

Im Anhang an den Komiteebericht legte Dr. Melchior ein Exposé über die deutsche Zahlungsabgrenzung vor. Er gab Auskünfte über die vier Kategorien von deutschen Schulden, die deutsche Zahlungen an das Ausland erforderlich machen: die im Ausland aufgenommenen langfristigen Anleihen, nichtstaatliche im Ausland aufgenommene Anleihen, Obligationen und Aktien, die in Deutschland ausgegeben wurden, sich jedoch in den Händen von Ausländern befinden. Diese drei Kategorien umfassen die langfristigen Auslandsschulden im Gesamtbetrag von 11,5 Milliarden Mark. Die vierte Kategorie umfaßt die kurzfristigen Schulden in der Höhe von 12 Milliarden Mark. Zu dieser Kategorie gehören Bank-, Industrie-, landwirtschaftliche und kommerzielle Schulden.

Neuestes Hafentrenn-Verbrechen

Zittau, 8. Dezember. (Eigenbericht)

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch überfielen etwa 100 Nationalsozialisten nach einer Versammlung im Clublokal in Zittau das hiesige Gewerkschaftshaus. Obwohl der Ordnung der Polizei sofort alarmierte, trat das Überfallkommando erst nach einiger Zeit ein. Unterbreifen wäret die Nationalsozialisten wie die Zittauer.

Die Nationalsozialisten suchten im Gewerkschaftshaus angeblich Reichsbannerleute und Reichsheimatler. Sie eroberten zu diesem Zweck eine Wirtin, die nach dem Versammlungsraum führende Saaltür und eine Falltür zum Bierkeller. Außerdem wurde eine Tür zum Jugendheim aufgedrückt und dort in alle Winkel und

Ecken hineingelegt. Selbst das Dachgeschoß wurde abgefragt. Als es nach Eintreffen der Polizei schließlich gelang, die Verbrecher aus dem Gewerkschaftshaus hinauszutreiben, sammelten sie sich sofort in einer Nebenstraße. Hier überfielen sie einen Reichsbannermann und traktierten ihn mit den Füßen, bis ein Polizeibeamter ihn aus den Händen seiner Peiniger befreien konnte. Der schwerverletzte Reichsbannermann mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Einige Zeit später jagten die Nazis nach der Verhaftung und regelten den Stadteingang nach allen Seiten ab. Unter dem Schutz von Marktrudern drängten sie zu der Filiale der „Volkszeitung“ und überfielen hier drei Reichsbannerleute. Später räumte die Polizei das Lokal „Zum Stern“ und nahm einige Rädelführer fest.

Die ganze Aktion war, wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, noch langer Hand vorbereitet.

so bleibt ihre Milderwirkung auf die Lebenshaltungskosten ganz im Dunkel.

Grundsätzlich werden die Preisbindungen aufgehoben in ihrer Rechtswirksamkeit, sofern gebundene Preise, das heißt die Preise von Karren und der gebundenen Preise von Warenwaren nicht gegenüber dem Stande vom 30. Juni 1931 bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 Prozent gekürzt werden. Die Senkung der Warenpreise dieser Warenwaren ist erstens dadurch eingeschränkt, daß zwischen dem 30. Juni und der Gegenwart natürlich noch gewisse Preisentfaltungen vorgenommen worden sind, und daß zweitens in den Fällen, in denen die geforderte zehnprozentige Preisentwertung nicht vorgenommen wird, die Wirkung der Aufhebung der vertraglichen Bindungen auf die Preise nicht ohne weiteres zu übersehen ist. Aber selbst wenn wir von der Annahme einer allgemeinen zehnprozentigen Preisentwertung für die gebundenen Waren ausgehen, so ist doch zu berücksichtigen, daß es sich hier in großen Umfang um Rohstoffe und Halbfabrikate und um Produktionsmittelpreise handelt, deren Senkung zwar sicherlich gesamtwirtschaftlich zu begrüßen ist.

aber eine unmittelbare Wirkung auf die Lebenshaltungskosten nicht ausübt.

Man wird schon sehr optimistisch rechnen, wenn man annimmt, daß durch diese Anhebung gebundener Preise etwa 10–15 Prozent der Lebenshaltungskosten berührt werden, was eine prozentuale Senkung der Lebenshaltungskosten um 1–1½ Prozent ausmachen würde. Das heißt zugleich der rund 1,6 Prozent ausmachenden Entlastung bei den Altimieten kommen wir aus diesen beiden Folgen auf 2,6–3,1 Prozent Senkung der Lebenshaltungskosten. Nun enthält die Notverordnung auf 2,6–3,1 Prozent Senkung der Lebenshaltungskosten. Nun erfüllt die Notverordnung über die Preisentwertung allerdings noch einen Phantasiemerkmal. Es wird ein Reichskommis für Preisüberwachungen bestellt, der den „Schutz der Bevölkerung gegen Überbeuerung von Preisen für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs und lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs“ dienen soll.

Dieser Reichskommis hat sehr weite Vollmachten, unter denen für die Frage der Herabsetzung von Straßenbahnkarren, die Möglichkeit des Erlasses der Preisüberwachungsmaßnahmen besonders wichtig ist. Andererseits muß man sich darüber im klaren sein, daß diese Vorstellung von der beschriebenen Senkung von Preisen, die sich am freien Markt bilden, doch ziemlich unklar ist, und daß dem praktischen Wirken dieses Reichskommis sehr einschränkt

sich ziemlich enge Grenzen gezogen sein werden. Immerhin wollen wir optimistisch annehmen, daß noch einmal 15 bis 20 Proz. der Lebenshaltungskosten durch die Maßnahmen des Reichskommis um 10 Proz. gekürzt werden sollen. In diesem günstigen Falle kommen wir auf die Aussicht, noch keineswegs die Sicherheit einer Senkung der Lebenshaltungskosten, die zwischen 4, 5 und 6 Proz. liegen kann.

Bei einer durschnittlichen Annahme, aber keineswegs pessimistisch, die Senkung wird also im allgemeinen nicht mehr als ein Drittel bis höchstens die Hälfte der Lohnsenkung ausreichen, durch Preisentfaltungen einen Ausgleich zu finden.

Die restliche Hälfte bis zwei Drittel der nominalen Lohnsenkung wird als reale Lohnsenkung übrig bleiben.

Das aber ist nicht nur soziale Härte, sondern gleichzeitig auch der falsche Weg, um eine Wiederbelebung der Wirtschaft, also eine Besserung am Arbeitsmarkt anzubahnen. Die Kaufkraft der gebundenen Preise und der Druck auf die monopolistischen Preise, der freilich wirksamer wäre, wenn er weniger schematisch ausgeführt werden könnte auf Grund einer Monopolkontrolle, wie sie die Sozialdemokratie seit langem fordert, könnte zu einer Besserung der Löhne, zu einer Entlastung der Konjunktur gerade dann führen, wenn nicht gleichzeitig die Wertaufschlag für Konjunktur durch neuen Rohbedarf und reale Einschränkung der Wertaufschlag vergrößert werden würde. Anstatt Mißverhältnisse, die sich auf dem Gebiete der Preisentwertung durch monopolistische Bindungen ergeben haben, zu beseitigen und durch eine Besserung der Konjunktur den Verkehr zu stärken, werden durch den Rohbedarf, der über die Preisentwertung hinausgeht, bestehende Mißverhältnisse vergrößert.

Wenn wir heute unter vorläufiger Zurückstellung von Einzelheiten, die uns teilweise zu begreifen, teilweise abzuheben zu sein scheinen, nur den Charakter der wirtschaftlichen Maßnahmen der Notverordnung betrachten, so haben wir zu dem Ergebnis kommen, daß sie in sozialer Beziehung hart und ungerecht ist, und daß sie in wirtschaftlicher Beziehung wenig geeignet ist, die Hoffnung zu erwecken, daß man auf diesem falschen Wege der Wiederbelebung der Wirtschaft, in dem Maß, die Möglichkeiten durch innere Wirtschaftspolitik gegeben sind, näher kommen wird.

Nus der Notverordnung

Die Preisdiktatur / Das 4-Pfennig-Stück / Die Riefentung
Die Reichsfluchtsteuer

In der heute morgen ausgegebenen „amtlichen Verlautbarung“ zur vierten, vom gestrigen 8. Dezember datierten Notverordnung stellt die Reichsregierung ihre wirtschaftlichen Ziele dar. Die Beseitigung der Weltwirtschaftskrise, das Wohlfühlen des Volkes und anderer Maßnahmen, die das Wirtschaftsgeschehen fördern, einen starken Rückgang im deutschen Wirtschaftsleben verursachen, der die Erzeugung, die Umsätze und den Verkehr immer weiter auf einschränkende Weise zu verengen. Infolgedessen können nur sehr tiefgreifende Eingriffe erfolgen, wenn das für erstrebte und unverrückbare feststehende Ziel erreicht werden soll, nämlich

die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erneut zu stärken und die große Arbeitslosigkeit zu mindern.“

Abgesehen von der notwendigen Sicherung der Haushalte verfolgt die neue Notverordnung das Ziel, die Gesamtproduktion, Umsatz und Lebenshaltung des deutschen Volkes in jeder nur irgendmöglichen Weise zu erhöhen. Um die Produktion zu erhöhen, war an einer weiteren Senkung von Zöllen und Gebühren nicht vorzugehen. Aber schon bei den Beratungen des Wirtschaftsrates klar ausgesprochen wurde, ist

eine Senkung von Zöllen und Gebühren ohne Sicherstellung gleichzeitiger und entsprechender Senkung der Preise untragbar, da sonst eine verhängnisvolle Schrumpfung der Kaufkraft die Folge wäre.

Nach der Aufzählung der für die Preisentung getroffenen Maßnahmen — Zölle, Verkehrszölle, Zins- und Preisentungen — erklärt die Verlautbarung: „Erit nachdem durch Maßnahmen solcher Art ein weitestgehendes Heben sämtlicher Preise sichergestellt war, hat sich die Reichsregierung zu dem erneuten Eingriff in Zölle und Gebühren entschlossen. Die schicksalhafte Verbundenheit von Zöllen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht überhöhte Umstände eintreten, die die Wechselbeziehungen zwischen Zöllen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden. Gerade

um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft des deutschen Volkes zu vermeiden,

wird die Reichsregierung es als ihre vornehmste Pflicht ansehen, darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Zöllen und Gebühren nur bei einem entsprechend tiefgehaltenden Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann.“

Über die Beugnisse des

„Neuankommens für die Preisüberhebung“

wird gesagt: „Er kann mit dem Ziele der Preisentung Vorarbeiten oder Anordnungen über alle Preise für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs oder für lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs erlassen und wird eine besondere Aufmerksamkeit der Beteiligung überhöhter Preispannen in den Preisen zuwenden. Der folgende

Arbeitsbereich des Reichspreiskommissars ist dabei wesentlich unbegrenzt.

Er kann 3. B. ebenso im Lebensmittelmarkt eingreifen wie überhöhte Preise für industrielle Erzeugnisse herabsetzen, die für Landwirtschaft und Gewerbebetriebe sowie für jeden Haushalt von Bedeutung sind. Er kann außerdem aber auch für angemessene Entlohnung der Wertarbeit der Kommunen (Gas, Elektrizität u. a.) sowie der Tarife für handwerkliche Leistungen (Reparaturen usw.) Sorge tragen. Es bleibt ihm überlassen, ob er auf freiwillige Senkung durch die Beteiligten hinwirken oder aber mit Zwang vorgehen will. Zur Senkung der Preise für Fahrkarten von Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen ist ein besonderer Anreiz dadurch gegeben, daß für den Fall der Ermäßigung der Fahrpreise die Beförderungssteuer ganz oder teilweise zu entfallen ist. Das weitere Recht des Preiskommissars, Betriebe zu schließen, die sich seinen Anordnungen nicht fügen oder jenen die für den Betrieb erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzen, und die Befugnis, den Preisüberhöhten die Pflicht zur Führung von Preisverzeichnissen in Läden und auf den Märkten einzuführen, kennzeichnen die Bewegungsfreiheit des Preis-Kommissars.

Eine Strafe und doch unerträgliche Härten vermeidende Aus- führung des Preis-Kommissars vorausgesetzt,

darf mit Sicherheit erwartet werden, daß die Preisbildung damit in Bahnen gelenkt wird, die der Vermögens- und Einkommenslage der meisten mittleren Schichten des deutschen Volkes angepaßt sind. Auf dem Gebiete der

gebundenen Preise

wird erklärt, daß „alle Preise, die durch Kartelle, Sympakte und ähnliche Abmachungen sowie durch Verfügungsbescheide und Verfügungsbedingungen gebunden sind, bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 Proz. gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1931 gesenkt werden. Dieses Verlangen beruht nicht auf einer Nachprüfung der in den einzelnen Wirtschaftszweigen zur Zeit bestehenden Preisstände, — eine solche individuelle Behandlung ist bei der Vielgestaltigkeit der hier in Betracht kommenden Verhältnisse vollkommen unmöglich. Es beruht vielmehr auf der Feststellung, daß

die gebundenen Preise im Verlaufe der gegenwärtigen Depressions den durch sie bedingten Senkungstendenzen fäheren Widerstand

als die Preise des freien Marktes entgegengeleitet haben. Werden die Preise nicht in dem geforderten Ausmaße herabgesetzt, so sind ihre Bindungen am 1. Januar 1932 nichtig. Die Senkung der Preise für Warenmarken, die gebunden sind, hat in der Weise zu erfolgen, daß der Preis durch das Zusammenwirken aller daran beteiligten Wirtschaftskreise (Hersteller und Handel) gleichfalls um mindestens 10 Proz. bis zum 1. Januar 1932 gesenkt wird. Preisempfehlungen, wie sie zum Beispiel im Handel mit dem übrigen Leistungsgewerbe und im Einzelhandel häufig sind, dürfen in inländischen Geschäftsvorfällen nur erteilt werden, wenn die empfohlenen Preise entsprechend herabgesetzt sind. Um die ermäßigte Preislage für die Zukunft nach Möglichkeit sicherzustellen, ist angeordnet worden, daß die Erhöhung färtelgebundener Preise und die Einführung neuer Preisbindungen in der Zeit bis zum 1. Juli 1932 genehmigungspflichtig sind. Zusammenfassungen hier- gegen, wie auch sonstige Verträge, die Vorschriften dieses Kapitels zu umgehen, sind unter Strafe gestellt.

Eine weitere Förderung der Preisentung, bei der der Wert des Pfennigs wieder stärker in die Erscheinung treten soll, hält es die Reichsregierung für geboten, ein

4-Pfennigstück zu schaffen. „Es soll dazu dienen, den Zahlungsvorkehr mit Pfennigrechnung zu erleichtern und soll vor allem auch der gesamten Bevölkerung immer stärker zum Bewußtsein bringen, daß bei Spar- samkeit im kleinsten eine Steigerung des Sparflusses und damit der gesunden Grundlage des Wohlstandes zu erhoffen ist. Die Aus- prägung soll alsbald beginnen. Bei der Ausgabe des neuen Geld- stückes soll das 5-Pfennigstück allmählich in entsprechendem Ausmaß eingezogen werden.“

Zum Zwecke der

4-Pfennigstück

Riefentung

wird jedem Mieter „ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Altbau oder Neubau, um Wohnungen oder Geschäftsräume, handelt, das einmalige außerordentliche Recht gegeben, einen vor dem 15. Juli geschlossenen, über den 31. März 1932 hinaus laufenden Miet- vertrag vorzeitig zu dem letzten genannten Termin durch eine Spätkündigung am 5. Januar 1932 dem Hauswirt zugehende Rän- dung zur Auflösung zu bringen. Dieses Kündigungs- recht soll nur ausüben können, wer der Hauseigentümer sich mit dem Mieter im Laufe des Jahres 1931 auf eine Senkung des Miet- preises um mindestens 20 Proz. geeinigt, also ihm einen Teil

Paris über Brünnings Funkrede

Die Kampfanfage gegen Hitler / Günstige Aufnahme

Paris, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Rundfunkrede des Reichstanzlers, die in Paris mit Aus- nahme zweier amorphischer Störungen verheerender Stößen außer- ordentlich gut gehört werden konnte, wird in der Morgenpresse in langen Auszügen wiedergegeben, aber bisher nur von den sozia- listischen „Populäre“ kommentiert. Aus den Überlieferungen der Zeitungen geht jedoch hervor, daß die scharfe Stellungnahme Brünnings gegen die Nazis in Paris einen sehr guten Eindruck gemacht hat.

Was Brüning sagte:

Der Reichstanzler nahm am Dienstagabend in Rundfunk Gelegenheit, die neue Notverordnung der Reichsregierung zu be- gründen und zugleich zu der gegenwärtigen politischen Situation bemerkenswerte Erklärungen abzugeben. Diese Erklärungen sind als Kampfanfage gegen Hitler zu werten und finden deshalb in einem großen Teil der Berliner Presse allgemeine Anerkennung. Im dem politisch entscheidenden Teil seiner Aus- fährungen erklärte der Reichstanzler:

Wie den auf deutschen Antrag eingeleiteten

Verhandlungen in Basel über die Reparationsfragen haben die internationalen Verhandlungen begonnen. Ich will im Augenblick deshalb darauf verzichten, auf die Einzelheiten der Reparationsfrage einzugehen. Aber ich möchte noch einmal den dringenden Appell an alle beteiligten Regierungen, dafür zu sorgen, daß die oft und von allen Seiten verteilten Grundbe- gründungen und soliden Zusammen- hänge sich jetzt endlich in letzter Stunde in die Tat umsetzen.

Die nächsten Wochen werden von entscheidender Bedeutung sein. Deutschland ist zum Zentrum des wirtschaftlichen Schmers, der durch die Welt geht, geworden. In einzelnen Zweigen der Wirtschaft anderer Länder die Krise größer (als in Deutschland, eines steht fest, von der Gesundung Deutschlands, von den Maßnahmen, die die deutsche Regierung hierfür ergreift, und von der verständnis- vollen Mitarbeit der übrigen Länder hängt es ab, ob diese Krise ohnehin schon beschworen und die Welt nach rechtzeitig vor der Zer- rüttung ihres Wohlstandes gerettet werden kann. Heute ist die Wirtschaft enger ineinander verflochten denn je. Jede Erschütterung in einem Lande hat tiefere Auswirkungen auf die übrigen Länder. Wenn jedes Land die Tendenz hat, sich abzugrenzen, währungs- politisch und zollpolitisch für sich zu sorgen, so

macht unannehmlich das Gefährdung der Wirtschaftserföhrung aller Länder. Alles dieses weist auf die internationale Verständi- gung hin. Aber bis zu einer löslichen Lösung der Krise der Welt muß jede verantwortliche Regierung der Welt den Weg gehen, der aus der Lebensbedrohung des eigenen Volkes und der eigenen Wirtschaft sich ergibt. Vollkommene Lösungen kann sie allein nicht geben. Für Deutschland, das eine schwere Situation erlebt hat, steht im Vordergrund die Sicherung der Währungs- heute wird die Auffassung der Reichsregierung kaum mehr Kritik finden. Dieses Ziel zwingt die Reichsregierung nach außen zur Er- fassung und planvollen Bemühtung der anfallenden Desfälle, es zwingt im Innern zur unbegingten Sicherung des Staats auch mit harten Mitteln.

Was es möglich, bis zur Auswirkung der englischen Pfundnote wohlüberlegt miteinander in Zusammenhang stehende Maß- nahmen schrittweise zu treffen, so ist jetzt der Augenblick ge- kommen, entscheidende Maßnahmen auf zusammenfassenden Gebieten der Wirtschaft und Finanzen gleichzeitig zu treffen.

Sie sollen den Zweck haben, für längere Zeit den Ausweg aus- zu schaffen, der Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entschärfung Raum gibt. Unmöglich ist es, die eigene Wirtschaft, Lohnhöhe und Preisstufe auf die Währungsbedingungen anderer Länder dauernd einzustellen. Das hieße, eigenes Schicksal der Ungewißheit fremder Entschlüsse auszuliefern. Daraus würde sich kein Ausweg ergeben, denn jeder strebt danach, an seinem Ziel sich vorweg zu entziehen. Aber auch mit selbständigen Maßnahmen von Lohn- fährungen, Schutzgöllen und Preisentungen allein gibt es keine durchgreifende Entlastung und nicht einmal für den einzelnen. Darum sind Umfang und Tragweite des vorliegenden Geschehes so viel größer als früher. Deswegen müssen

Preisentung, Zinsentung, Lohn- und Gehaltsentung sowie die Senkung der Zölle, alle Maßnahmen auf der ganzen Linie, gleichzeitig erfolgen.

So soll überall, was auf der einen Seite allen Schichten der Bevölkerung genommen werden muß, auf der anderen Seite ihr durch Ertüchtung der Kaufkraft des Geldes wiedergegeben werden.

seiner wirtschaftlichen Sorgen bereits freiwillig abgenommen hat, oder mo der Vermieter auf besonderen Wunsch des Mieters so- spieltige Um- oder Ausbauten der Räume — insbesondere für Ge- schäftszwecke — vorgenommen hat und sich dafür eine längere Ver- tragsdauer hat garantieren lassen.

Bei den Almosen soll die Friedensmiete ab 1. Januar um 10 Proz. geführt, bei den Neubauwohnungen soll die Zins- entung dem Mieter zugutekommen.

Die Reichsfluchtsteuer

Gegenüber den Steuerpflichtigen, die ihren Wohnsitz im Ausland verlegen, und ein Einkommen von 20 000 M. und mehr oder ein Vermögen von über 200 000 M. haben, wird eine Reichsflucht- steuer ausgeschrieben, die ein Viertel des gesamten steuerpflichtigen Vermögens betragen soll.

Wer sich dieser Steuer entzieht, dem wird die Rückkehr und auch nur der vorübergehende Aufenthalt im Inland unmöglich gemacht. Das Finanzamt soll einen Steuerföhrbrief erteilen; der Steuerflüchtling wird, wenn er dennoch auf deutschen Boden kommt, festgenommen. Sein ganzes Vermögen wird beschlagnahmt.

Die Vermögensbeschlagnahme enthält u. a. das Verbot an alle inländischen Personen, Zahlungen oder sonstige Leistungen an den Steuerflüchtling zu bewirken. Der Steuerföhrbrief und die Vermögensbeschlagnahme werden unter Renennung des Namens des Steuerpflichtigen im „Reichsanzeiger“, im „Kriminalpolizeiblatt“ und in sonstigen geeigneten Medien bekanntgegeben. Die Rückzahlung der Reichsfluchtsteuer wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft. Neben der Freiheitsstrafe ist auf Geldstrafe zu erkennen; der Höchstbetrag der Geldstrafe ist unbefristet. Die Steuer für Wertpapiergeschäfte, die die Banken in sich ausgleichen, wird wieder eingeführt.

Beizüge bleiben: Belegung des Binnenmarktes, Aufrechterhaltung der weltwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit!

Alles dies soll zusammenwirken, um die Verkrampfung am deutschen Geldmarkt und in der deutschen Güterwirt- schaft zu lösen, soweit das durch staatliche Machtmittel überhaupt ge- schehen kann. Schutz gegen Zwangsverdrängungen für unvor- schubet durch die Wirtschaftskrisis in Not geratenen, aber an und für sich gesunde inländische und städtische Grundbesitzer sind durch Er- eignisse der letzten Zeit ebenfalls notwendig geworden.

Schmerzhaft sind die Opfer, die von Beamten, Arbeit- tern und Angehörigen, so darüber hinaus in beträchtlichem Umfang auch von den durch Sozialversicherungen Betroffenen nun abermals verlangt werden.

Alle diese Opfer müssen zur Senkung der Preise, zur Er- leichterung der Lebenshaltung führen. Das ist ihre unabänderliche Sinn. Damit es sich erfüllt, werden sie alle zugleich gebracht.

Hinter allen diesen Maßnahmen steht als ein weiteres ent- scheidendes Moment die Sicherung des Staats.

Wenn die deutsche Politik der Verdrängung nachgeben würde, die Leben der Gegenwart durch Steigerung untristier Ge- schäfte und durch Herausstellung unerschöpfbarer Ziele zu helfen, so würde es mit Deutschland zu Ende gehen. Für jeden, der in der Vergeßlichkeit solchen Zielen nachgeht, muß ein schred- liches Erwachen kommen. Eine Regierung, die sich ihrer Verant- wortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf Strömungen dieser Art, soweit sie auch im Volke um sich greifen, nicht nachgeben.

Legalität, die keine ist

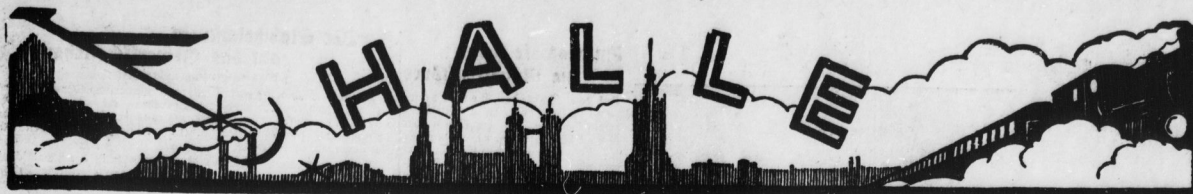
Wie lautet keine andere Macht als die verfassungs- mäßige. Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge — notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes — gegen alle eingesetzt werden, die sich untertänen würden, in den Stunden härtester Verberberprobe den verfassungs- mäßigen Gezeiten in den Arm zu fallen.

Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen in großem Kontrast dazu die hefti- gen Verurteilungen sich nicht weniger verantwortlich kündernder Führer, die zum sinnlosen Wunden- kampfe und zu unpolitischen Vorhaben auffordern. Wenn man erklärt, daß man — auf legalen Wege zur Macht gekommen — die legalen Schranken durch- brechen werde, so ist das keine Legalität. Und sie ist es noch weniger, wenn zu gleicher Zeit im engeren Kreise Nachschläge verfaßt und vorgezogen werden. Dagegen werde ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das schärfste.

Erfüllt von dem Ernst der Verpflichtung unserer Tage, erfüllt von der leidenschaftlichen Sehnsucht, Fehler der Vergangenheit auszuräumen, nicht zaudernd, aber nach durchdachtem Plan unser Volk durch die Krise, die die ganze Welt erschüttert, zum Frieden in Freiheit hindurchzubringen, habe ich am letzten Märztag 1930 den Auftrag des Herrn Reichspräsidenten entgegengenommen. Ich habe bis zum heutigen Tage nach dieser Richtschnur gehandelt. Dabei war ich gezwungen, Parteiwünsche abzulehnen, Inter- essenforderungen Erfüllung zu verweigern und alle Kraft darauf- zulegen, die Freiheit unseres Volkes in diesem Ringen um die Zukunft zu bewahren und dem Kampf zu bringen. Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Partei- vorzügen entgegenstellen, das deutsche Volk in dieser un- geheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerren.

Ein unratet Anstinkt gesunder Völler ermahnt, den inner- politischen Meinungsstreit zurücktreten, so obliegt Schweigen zu lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht. Deshalb ist es

ein dem Lande abträgliches Unterfangen, wenn mit dem Hinweis auf innenpolitische Verwicklungen in den Tagesmeinungen der Wähler versucht wird, im Ausland den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland in Wirklichkeit geteilte Fronten, ja eine Regierung von morgen gebe, die sich annehmen dürfte, für das deutsche Volk zu sprechen. Auch künftighin wird die politische Führung des Deutschen Reiches und die Vertretung der Interessen des Deutschen Reiches im Ausland ausschließlich in den Händen des Herrn Reichspräsidenten und der verfassungs- mäßigen Regierung liegen.



Zur neuen Notverordnung



Bisier: Die Löhne: „Bitte nach Ihnen.“
Zett: Die Preise: „Bitte nach Ihnen.“
Eine höhere Gewalt versucht die Fragen des Betriebs zu lösen. Was ihr gelingt?

Der Sozialismus der hallischen Nazis

Wie die Nazis sich ihren Sozialismus vorstellen, kommt letzten eine junge Braunschweiger Sozialistin beim sogenannten SA-Aufmarsch in Braunschweig erfahren. Das junge Mädchen — Tochter eines allzu früh verstorbenen Parteigenossen, der auch am hallischen „Volksblatt“ wirkte — ist Studentin und hat außerdem ihre große Familie zu ernähren. So geht sie als Werkstudentin. Am Tage des SA-Aufmarsches hatte sie auf dem Braunschweiger Hauptbahnhof Dienst als Regatrennentraffantin. Was sie da mit den Nazis erlebte, schildert sie eingehend in der letzten Nummer der sozialistischen Frauenzeitung „Frauenwelt“. Die Nazis scheinen danach ihren „Sozialismus“ in der bedingungslosen Eingabe der Frau an sie zu erblicken, denn sie machen dem Mädchen die unehrenhaftesten Anträge. Natürlich spielen wieder hallische Nazis — nach dem Prinzip „Halle in der Welt voran“ — bei der Angelegenheit die Hauptrolle. Zwischen ihnen und der Regatrennentraffantin entwickelt sich folgender Dialog:

„Mädchen, du bist doch Sozialistin, nicht wahr?“ — „Denn Rint nicht, sie liegt so damit auch nicht.“ — „Also, wenn du Sozialistin bist, dann schenkt du uns jetzt allen eine Schachtel Zigaretten: wir sind alle arbeitslos!“ — „Donnerwetter, du bist ja ein ganz Schläuer! Deine Ansicht über den Sozialismus ist allerdings recht merkwürdig. Bin selbst arbeitslos, muß jeden Pfennig mit meiner Firma abrechnen und soll auch Zigaretten spenden.“ — „Dortnädig befehlt der Hallenser Nazimann darauf: „Wenn du Sozialistin bist, dann schenke uns Zigaretten!“ — „Für Sozialismus in deinem Sinne bin ich bestimmt nicht, das lag dir gesagt sein, mein Junge!“ Und sie schiebt sich ihre Zigaretten anpreßend, durch die Menge.

Und viele SA-Beute sollen nach dem Vorheimer Dokument im „Dritten Reich“ die unumrängte Macht haben! Man kann sich nach ihrer in dieser Begebenheit gekennzeichneten Moral vorstellen, was den Geschäftsleuten im „Dritten Reich“ bevorsteht.

Fluch der bösen Tat / Das Schicksal eines Menschen in unserer Zeit

Furchtbarer hat sich das klassische Wort Schillers „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuehenden Böses muß gebären“ wohl nie verwirklicht gezeigt als in unserer Zeit. Aber es ist heute nicht mehr der unerröthliche Wille der Götter wie im klassischen Drama, der das Schicksal der Menschen bestimmt, sondern der nicht minder furchtbare Mechanismus unserer heutigen Lebens. Nach griechischer Ansicht waren es die Götter, die den Menschen schuldlos schuldig werden ließen, heute sind es Not und Arbeitslosigkeit, die die Menschen stranden lassen und dann von Unglück zu Unglück treiben. ...

Vor dem Gericht stand gestern der jetzt 41jährige kaufmännische Angestellte Hermann E. aus Halle und sollte sich wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung verantworten. E. gab seine Taten zu, er erpölte — und es entüllte sich das furchtbare Schicksal eines Menschen unserer Zeit.

Bis zu seinem 35. Lebensjahr war E. ein rechtschaffener, für seine Familie treu sorgender Mann gewesen.

Man glaube das ohne weiteres, wenn man den Angeklagten sah und hörte. Dann packte ihn die Not unserer Zeit: er wurde arbeitslos. Aber E. verlor nicht den Mut. Er suchte und fand andere Beschäftigung, wenn auch nur in Berufen, die heute noch alle Tage in der Zeitung als „offene Stellen“ angekündigt werden, aber nicht selten wenig charaktervolle Menschen auf die „schiefen Bahn“ bringen. Was nützte es, wenn E. als Versicherungsreisender auf Probefuß sich die Stiefelsohlen abrieb und er und seine Familie doch hungern mußten. Die Verzweiflung trieb ihn zu kleinen Betrügereien, die sich dann — der Fluch der bösen Tat — fortzuehenden, so daß er, als er gestern vor den Richtern stand, ein ansehnliches Strafverurteil über kleinere und größere Betrüge, reien und Urkundenfälschungen sein eigen nennen konnte. Als E. nach längerer Strafhaft 1930 wieder einmal aus der Strafhaft entlassen wurde, fand er abermals ohne Beschäftigung auf der

Straße. Er wandte sich an die Evangelische Gefängnisbibliothek. Da er hier aber einen Vorschuß von 4 M. verlangte, schied man ihn ohne Arbeit fort.

Wieder begann der titanenartige Kampf des mäßig nicht kräftigen Mannes um Arbeit.

Wieder ging er in die Versicherungsbüro, wieder verdiente er so wenig, daß seine Familie nichts zu essen hatte — und wieder trieb ihn die Not zu Verbrechen. Klein fing es an: Er kassierte unberechtigt einige Mark, von denen er glaubte, daß sie ihm zufließen. Dann fälschte er eine Urkunde und erhielt so 27 M. Bei einer anderen Firma gab er Falschbestellungen an, indem er 29 Beheileilche mit fremden Namen unterschrieb und damit 12 M. erlangte. Der vierte Fall war der schwerste. E. stellte sich einem ebenfalls Erwerbslosen als Vertreter einer Margarinefirma vor und bot ihm an, er könne ihm eine Verteilungsstelle vermitteln, wenn er eine Kautions von 500 M. hinterlegen würde. Durch Urkundenfälschung wurde auch der Geldgeber für die Kautions befehast. Als E. die 500 M. hatte, ließ er nichts mehr von sich hören. E. war vor Gericht.

das Symbol des durch die Not der Zeit verzweifelt gewordenen Menschen.

Weinend schilderte er seine Taten und gab sie zu. Man solle ihn doch aus der Haft entlassen, hat er, sonst ginge kein Familienleben ganz in die Brüche. Der Staatsanwalt hatte für das soziale Moment, wie er meinte, wohl Verständnis, konstante jedoch für alle vier Fälle ein Jahr ledes Monate Gefängnis. Das Gericht ließ trotz der vielen Vorreden große Milde walten und erkannte auf neun Monate Gefängnis. Der Haftbefehl bleibt aufrecht erhalten.

Für den Angeklagten bleibt nur der sehr zweifelhafte Trost, daß nach den neun Monaten andere wirtschaftliche Verhältnisse sind, die ihm — wenn er durch die Strafhaft nicht schon zu einem völligen Wad geworden ist — ermöglichen, den Kampf mit dem Leben noch einmal zu beginnen.

Achtung!

Freitag, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, im „Vollspart“ (Großer Saal)

gemeinsame Konferenz

für alle Partei-, Gewerkschafts-, Sportgenossen, Reichsbanner, Kameraden und Genossen, die in der sozialistischen Arbeiterbewegung nahestehenden Vereinigungen aktiv tätig sind.

Tagesordnung:

1. Ist ein Nazi-Ütsch zu erwarten?

Es ist unbedingte Pflicht aller Genossen, die in der Arbeiterbewegung als Funktionär oder sonst aktiv tätig sind, zu dieser Konferenz zu erscheinen.

2. Kritik nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs.

Die Organisationen werden ersucht, Zutrittskontrolle zu stellen.

Der Aktionsausschuß zur Abwehr des Faschismus.

6. Ortsbezug. Donnerstag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, findet in Müllers Hotel, Magdeburger Straße, unsere Mitgliedserversammlung statt. Redner: Oberlebrer Stengel (Halle). Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Achtung!

Der mysteriöse Schuß im Fürstorgeamt

Die Schußwaffe und 400 M. Bargeld verschwunden

Am Mittwoch gegen 10.45 Uhr wurde, wie gestern bereits kurz berichtet, der Magistratsobersekretär Göhrte im Treppenhall zum Fürstorgeamt, Eingang Rathhausstraße, auf den untersten Stufen der Treppe liegend mit einer Schußwunde in der linken Brustkiste aufgefunden. Neben ihm lag ein zerstücktes Sparlattnuß. Wie festgestellt, hatte Göhrte von diesem Schuß am Donnerstag 400 M. abgehoben und ist mit dem Gelde, das er, soweit es sich um Papiergeld handelte, in das Sparlattnuß gelegt hatte, gegen 10.45 Uhr aus seinem Büro gegangen in der Absicht, das Geld auf der Stadthauptkasse einzuzahlen. Am Lokort wurde aber weder Geld noch eine Waffe gefunden. Nach den Ermittlungen ist das Geld bei der Stadthauptkasse auch nicht eingezahlt worden.

Die Angelegenheit ist, obwohl die Kriminalpolizei sofort in Aktion trat, bisher noch in vollständiges Dunkel gehüllt. Gegen die Annahme, daß Göhrte freiwillig aus dem Leben scheiden wollte, spricht, daß bei ihm keine Waffe gefunden wurde. Daß ein Erwerbsloser den Schuß abgegeben haben könnte, erscheint deshalb nicht wahrscheinlich, weil das Jugendamt am Mittwoch für den Publikumsverkehr geschlossen ist.

Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß kurze Zeit vor der Tat Göhrte mit einer männlichen Person an der Treppe zum

Sie
ist
gut



Sie
ist
billig

darum auch
Deutschlands meistgerauchte Cigarette %M.

Gefährtinnen

DFG

DFG

DFG

Empörung über Lohnabbau

Protest der Bergarbeiter

Essen, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Die vom Reichsarbeitsminister Siegel am 1. Dezember angekündigte größere Lohnsenkung für die Bergarbeiter hat innerhalb der Ruhrgebietsfamilien eine große Empörung ausgelöst. Der Hinweis des Ministers, daß er bisher in bestmöglicher Weise versucht habe, die Lage der Bergarbeiter zu erleichtern, ist angesichts der tatsächlichen Situation, in der sich die Bergleute gegenwärtig befinden, absolut nichtig. So haben beispielsweise die Tariflöhne im Ruhrbergbau schon seit dem Anfang 1927 und damit die unterste Grenze des allgemein geplanten Lohnabbaus erreicht. Schon heute wissen die Bergarbeiterfamilien mit fast gleichmäßigem Einkommen kaum zu leben. Die Einkünfte, die trotz der größten Erleichterung nachgerufen werden, sind aber so gering, daß die Arbeiterfamilien kaum zu leben. Die Einkünfte, die trotz der größten Erleichterung nachgerufen werden, sind aber so gering, daß die Arbeiterfamilien kaum zu leben.

Es ist zu erwarten, daß die Bergarbeiter sich gegen die Lohnsenkung wehren werden. Die Bergarbeiter sind aber mit dem besten Willen auf die Dauer nicht tragbar. Anstatt den jetzt schon bestehenden Spannungszustand zu mildern, sieht die Regierung nun nach den Worten Siegels ihre Aufgabe darin, den Bergarbeitern neue und gegenüber den übrigen Bevölkerungsteilen außerordentliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Dieser Schritt ist um so verständlicher, als die bergmännische Sozialversicherung, die Knappschaft, durch die Arbeitslosigkeit schon an dem wirtschaftlichen und sozialen Los der Bergarbeiter völlig hilflos vorsteht.

Die Folgen, die sich aus dieser Haltung ergeben, sind insbesondere unbefriedigend, da man im Begriff ist, den letzten Rest von Vertrauen und Verständnis, den die Bergarbeiter bisher gegenüber den Regierungsmassnahmen aufgebracht, zu zerbrechen. Die Einkünfte der Bergarbeiter werden, wenn sie weiter gesenkt werden, zu einem Punkt führen, an dem die Arbeiterfamilien kaum zu leben. Die Einkünfte, die trotz der größten Erleichterung nachgerufen werden, sind aber so gering, daß die Arbeiterfamilien kaum zu leben.

Flugbilanz 1931

Wie schnell können wir fliegen?

Das Jahr 1931 brachte wieder eine Reihe großartiger Flugleistungen, von denen am bemerkenswertesten die Rekordflüge England-Australien, die zweite Atlantik- und Ostindienüberquerung v. Gronau und das zum letztenmal festgestellte Rennen um den Schneider-Preis in England waren.

Am 13. September fand auf dem Solent, Englands historischer Rekordplatz für Flugzeugrennen, zum letztenmal das Rennen um den Schneider-Preis statt. Nachdem England aus den beiden letzten Rennen schon siegreich hervorgegangen war, fiel ihm mit dem diesjährigen Erfolg der Preis endgültig zu. Im Rennen selbst, das der Fliegerbrüder Bootmann im Alleingang flog, wurde eine Geschwindigkeit von 545,7 Kilometer pro Stunde über eine Strecke von 350 Kilometer erreicht, also nur 11 Kilometer mehr als im Jahre 1929.

653 Kilometer

Bei den anschließenden Rekordversuchen, die wegen der schlechten Witterung erst 8 Tage später stattfanden, erreichte dann Reinhold Stainforth die größte bisher gemessene Geschwindigkeit von 610 Kilometer pro Stunde nach den Weltrekordbedingungen, die Hin- und Rückflug über eine Strecke von 3 Kilometer vorgegeben. Neuer Rekord vom 28. September: 658 Kilometer pro Stunde. Verschiedene Berichte aus dem Training sprechen von wesentlich höheren Geschwindigkeiten, so soll der Weltrekordführer Orlov, der Rekordmann des Jahres 1929, Geschwindigkeiten von 788 Kilometer pro Stunde erreicht haben. Die Nachprüfung dieser Ergebnisse hat jedoch gezeigt, daß dies unmöglich der Fall gewesen sein kann, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Flieger die außerordentlich teuren Maschinen im Training mehr beansprucht haben als bei den später stattfindenden offiziellen Rekordversuchen. Außerdem stellte sich heraus, daß bei der Nachprüfungsermittlung während der Rekordversuche Fehler gemacht wurden.

Bis kurz vor Beginn des Rennens

Wurde noch fest mit dem Teilnahme Frankreichs und Italiens an dem Weltrekord gerechnet. Die beiden Länder die Vorbereitungen ernst nahmen, ist schon daraus zu ersehen, daß sowohl Italien als auch Frankreich den Versuch, ein Flugzeug samt Besatzung zu betreiben hatten. Die beiden Länder waren gezwungen, wegen Motorstörungen aus geringer Höhe auf Wasser niederzugehen, was ihnen bei den großen Geschwindigkeiten, die durch einen ausserordentlichen Gleitflug nicht mehr erreicht werden konnten, zum Verhängnis wurde. Italien, dessen Expedition zum Teil schon unterwegs nach England war, sagte seine Teilnahme erst kurz vor dem Weltrekord mit der Begründung ab, daß seine Maschinen noch nicht genügend erprobt seien. Nach dem Weltrekord berichteten die Italiener allerdings, daß es ihrem Fliegerkommando, Major Bernabè, gelungen sei, über dem Comer in Oberitalien bei Verdabbio die fast unbenutzbare Geschwindigkeit von 745 Kilometer pro Stunde zu erreichen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die italienischen Maschinen, wenn sie schon fliegen, außerordentlich schnell sind, doch muß man nach den englischen Ergebnissen diese Leistungen anzweifeln.

Die Junters-Pläne

Eine ganz andere Stellung müssen wir zu den Versuchen der Junterswerke in Dessau einnehmen. Junters plant viel längerem den Flug in die Stratosphäre, jene Luftschicht, die Professor Piccard im Frühjahr dieses Jahres zum ersten Male mit seinem Ballon erreicht hat. Dort oben in den Regionen der ewigen Sonne, das heißt 15–20 Kilometer über der Erdoberfläche, ist die Luft so dünn, daß Menschen nur noch in besonderen Druckkammern leben können. Flugzeuge, die in solche Höhen vordringen wollen, müssen deshalb solche Kammern für die Unterbringung der Besatzung haben, und außerdem zusätzliche Einrichtungen, die den Druck in die Kammern immer aufrechterhalten. Aber nicht nur der Mensch braucht in solchen Höhen seine gewohnte Luft, auch der Motor arbeitet nur, wenn er genügend Luft zur Verbrennung bekommt. Mit solchen besonderen Konstruktionen erreicht man, daß sowohl Mensch als Maschine arbeiten können, und erst diese Voraussetzungen lassen einen Flug in diesen Höhen zu. Rechnerische Überlegungen legen uns nun, daß die Geschwindigkeiten, die in diesen Höhen erreicht werden, über doppelt so groß sein müssen, als sie bisher in Sonderfällen wie Rennen erzielt wurden. Das Flugzeug, das für diese Zwecke geschaffen wurde, hat in diesen Tagen seine ersten Probeflüge absolviert, die allerdings nur in geringer Höhe stattfanden und nur zur Kontrolle der allgemeinen Flugleistungen dienten. Sowohl Unterdruckkammer wie Gehäuse werden erst eingebaut werden, wenn man sich über die allgemeinen Eigenschaften voll im klaren ist. Den dann kommenden Höhenflügen werden wir mit außerordentlichem Interesse entgegensehen, und wie bei Piccards Flug werden wir Stunden in höchster Erregung und Spannung verleben.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 9. Dezember

Matte Haltung
Die heutige Berliner Warenbörse verlief in matter Haltung. Die Getreidebörse war von der ersten Stunde an in der Erwartung, daß die Ernte der Wintergetreide in der ersten Hälfte des Jahres 1932, in dem die Ernte von 1,85 Prozent unversichert bleiben dürfte, ungenügend sein würde. Die Situation der Getreidebörse war in der ersten Hälfte des Jahres 1932, in dem die Ernte von 1,85 Prozent unversichert bleiben dürfte, ungenügend sein würde. Die Situation der Getreidebörse war in der ersten Hälfte des Jahres 1932, in dem die Ernte von 1,85 Prozent unversichert bleiben dürfte, ungenügend sein würde.

Waren	1. Dezember	2. Dezember	3. Dezember
Weizen	217-219	218-219	218-219
Gerste	184-187	185-186	185-186
Hafer	154-156	155-156	155-156
Getreide	146-148	147-148	147-148
Getreide	146-148	147-148	147-148
Getreide	146-148	147-148	147-148
Getreide	146-148	147-148	147-148
Getreide	146-148	147-148	147-148
Getreide	146-148	147-148	147-148

Getreidebörse vom 9. Dezember 1931. Preise in Mark pro 100 Kilogramm. (Stand 1. Dezember 1931.)

Sabotage der parlamentarischen Ausschüsse wird nicht mehr gebuldet Marx und Moritz im Rechtsausschuß

Deutschnationale Abgeordnete als Sachwalter der Nationalsozialisten

Der Rechtsausschuß des Reichstages gehört zu denjenigen Ausschüssen, deren Vorsitzende Nationalsozialisten sind, die die Arbeit dieser Ausschüsse auf jede Weise durch Nichterfüllung zu sabotieren versuchen. Infolge dessen hat der Reichsausschuß des Reichstages beschlossen, daß die stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse ebenfalls einberufen und eventuell Notmaßnahmen für den Fall vornehmen lassen können.

Der stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses, Dr. Sandberg (Gos.), hatte so verfahren und den Rechtsausschuß der Mittwoch, den 9. Dezember, einberufen, um eine fast langen angelaufene Kasse von Arbeiten endlich erledigen zu lassen. Als die Ausschussung begann, erhob sich der deutschnationale Abgeordnete Dr. Goering und protestierte im Dienste der Nationalsozialisten gegen die Tagung. Der Ausschuß ist nicht durch die Vorsitzenden einberufen, er ist infolgedessen nicht da und bedeutet lediglich eine geistige Veranlassung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Sandberg und Marx und der Zentrumsabgeordnete Reil trafen dieser Auffassung entgegen. Sie verwiesen

darauf, daß sich kein Ausschuß auf die Dauer die Sabotage durch nationalsozialistische Vorsitzende leisten könne.

Unter Stimmenthaltung der Deutschnationalen wurde dann einstimmig ein Antrag Marx angenommen, durch den der Ausschuß über den Protest des Abg. Goering zur Tagesordnung übergang. Das ganze persönliche Verhalten der deutschnationalen Abgeordneten Dr. Goering und Berndt, die sich wie eine Art Marx und Moritz aufführten, zeigte, daß es sich nicht einmal um eine ernsthafte politische Diskussion, sondern um ein recht kindliches Wankspiel handelte. Als der Abgeordnete Dr. Marx unter großer Heiterkeit des Ausschusses feststellte, daß trotz der angeblichen Nichterfüllung der Ausschüsse die Arbeit der Ausschüsse sich doch vorwärts bewegt, erhob sich der deutschnationale Abgeordnete Dr. Goering und erklärte: „Es liegt in unserem Ermessen, ob wir da sind oder nicht da sind.“ Das unter erwachten Menschen eine derart kindliche Komödie überhaupt aufgeführt werden kann, ist ein deutlicher Beweis dafür, bis zu welchem Grade von Würdelosigkeit sich die Deutschnationalen in das Gefolge der Nationalsozialisten begeben haben.

Nach dem mißglückten Sabotageversuch der Nationalsozialisten begann der Rechtsausschuß seine tatsächliche Arbeit.

Der Weihnachtsfriede

Alle Versammlungen und Flugblätter von heute ab verboten

Die Vorschriften der Notverordnung über die Sicherung des Weihnachtsfriedens haben folgenden Wortlaut:

§ 1. Für die Zeit bis zum 31. Januar 1932 einschläßlich sind öffentliche politische Versammlungen sowie alle politischen Versammlungen und Flugblätter unter freiem Himmel verboten. Als politisch im Sinne dieser Vorschrift gelten alle Versammlungen und Flugblätter, die zu politischen Zwecken oder zu politischen Verbindungen oder Vereinigungen veranstaltet werden.

Für die gleiche Zeit ist es verboten, Plakate, Flugblätter und Flugblätter politischen Inhalts an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen auszuhängen, auszuheften, zu verteilen oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

§ 2. Wer dem Verbot des § 1 zuwider eine Versammlung oder einen Flugblatt verteilt, teilt oder dabei als Teilnehmer auftritt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, bestraft. Wer dem Verbot des § 1 zuwider an einer Versammlung teilnimmt oder den Raum dafür zur Verfügung stellt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft, das gleiche gilt für die Teilnahme an einem nach § 1 verbotenen Flugblatt.

§ 3. Wer dem Verbot des § 1 zuwider Plakate, Flugblätter oder Flugblätter an oder auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen aushängt, ausheftet, verteilt oder sonst der Öffentlichkeit zugänglich macht, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

Abg. Beims schwer verunglückt

Der frühere Oberbürgermeister von Magdeburg und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Beims ist durch einen Sturz schwer verunglückt. Er mußte ins Krankenhaus gebracht und operiert werden.

Zusammenstoß zwischen Zug und Autobus 10 Tote, 10 Verletzte

In der Nähe des Bahnhofs Gießen in Hessen fand ein Zusammenstoß zwischen einem öffentlichen Autobus und einem Zug statt. Dabei wurden 10 Personen getötet und 10 schwer verletzt.

Der Personenzug geriet mit dem mit 20 Personen besetzten Autobus in einen Zusammenstoß. Die Autobusfahrer wurden getötet und zehn schwer verletzt. Die übrigen Insassen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Drei von den Verletzten sind auf dem Transport ins Krankenhaus gestorben. Die Zahl der Toten beträgt zehn. Einige Verletzte sind auf dem Transport ins Krankenhaus gestorben. Die Zahl der Toten beträgt zehn. Einige Verletzte sind auf dem Transport ins Krankenhaus gestorben.

Der Sozialismus beginnt in der Familie

Deshalb Parteigenossen, müssen auch eure Kinder sozialistisch erzogen und geschult werden. Schickt sie zur SAJ. Dort werden sie Sozialisten.

Hakenkreuz gegen Zannenbergbund

Verjammung in Magdeburg aufgeführt

Magdeburg, 9. Dezember. (Eigenbericht.) Eine Versammlung des Zannenbergbundes, die von den Nationalsozialisten fortgesetzt geführt wurde, wurde von der Polizei aufgelöst. Bei der Räumung des Saales machten die Beamten von dem Gummistift Gebrauch, da Angehörige der NSDAP versuchten, den Saalausgang zu sperren und einzelnen Beamten Widerstand entgegenzusetzen. Ein Nationalsozialist wurde von einem Kriminalbeamten angegriffen, als er einen Feuerwertschloß in den Saal schloß. Er wurde festgenommen. In seinem Brief befand sich u. a. ein mit einem roten Metallring versehenes Zeichen, das offenbar als Schlagworte dienen sollte.

Beschimpfung des Reichs im Ausland

Starke Empörung in Rom

Rom, 9. Dezember. (Eigenbericht.) Am Saale der Deutschen Vereinigung beschimpfte der Nationalsozialist Riand am Dienstagabend in fundamenalen Ausführungen die deutsche Republik und die republikanischen Staatsbürger Deutschlands. Innerhalb der Zuhörerreihe zeigte sich eine starke Empörung gegen Riand. Nur wenige sollten dem Nationalsozialisten Riand. Die Mitglieder der Vereinigung waren dem Vortrag demonstrativ ferngeblieben.

Todesstrafe für den Chauffeurmörder

Im Württembergischen Chauffeur-Mordprozess wurde der Angeklagte Radelt wegen Mordes am Tode verurteilt. Ferner wurde auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit erkannt. Der Angeklagte brach nach der Verurteilung in die Flucht aus. Seine Mutter war vorher aus dem Saal geführt worden.

Erbschöffener Wilderer

An den Staatsanwaltschaften des Forstamtes Gormisch (Oberbayern) kam es im Winter Gormisch zu einem Feuergefecht zwischen Bundespolizisten und Wilderern. Einer der Wilderer, ein verheirateter Tagelöhner und Mitglied des Gemeinderates von Untergrainau, wurde erschossen. Zwei Wilderer wurden festgenommen.

Vor dem Nobel-Fest

Heute, Donnerstag, den 10. Dezember, dem Nobelfest, erfolgt in Stockholm die Verleihung der diesjährigen Nobelpreise. Die deutschen Preisträger Bergius, Warburg und Wofsy sind bereits in Stockholm eingetroffen.

Schwarzwalddorf für Megilo

Eine Schwarzwalddorf Turmwindmühle in Schenach bei Litzberg baute ein umfangreiches Windpark mit Windmühlensystem für den bekannten Waldwirtschafts-Quadrat in Megilo. Das Werk hat 10 Winden von 2200 Kilogramm Gewicht und spielt 2 megalitische Windenergie.

MIT S+F BACKARTIKELN - auch dieses Jahr Christ-Stollen!

Table with 2 columns: Product Name and Price. Items include S&F Mandeln, Citronat, Sultan, Sultanen, Korinth, Kokosnuss, Mandelersatz, Schmelz, Haselnüsse.

Table with 2 columns: Product Name and Price. Items include S & F-Magnetmehl, Auszugmehl, Weizenmehl, Zucker.

Table with 2 columns: Product Name and Price. Items include Mandarinen, Schinken, Fetter Speck, Schmelzkäse, Limburger, Feinkost-Streichkäse, S & F-Vollmilch.

Table with 2 columns: Product Name and Price. Items include Pfeffermisch, Kokosmakronen, Schokoladentafeln, Spitzkuchen, Tarragon, Tafeltrunk, Muskatwein, Wermutwein.

Unser Schläger Toilettenseife ca. 200 g Stück 25

SCHADE & FÜLLGRABE 5%

180 LEBENSMITTELFILIALEN

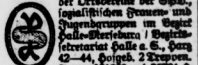
AG. FRANKFURT A.M. G.m.b.H. LEIPZIG

Steinweg 13 - Reistraße 61 - am Steinort 7 - Reistraße 3

AG. FRANKFURT A.M. G.m.b.H. LEIPZIG

AG. FRANKFURT A.M. G.m.b.H. LEIPZIG

Bereits-Kalender



der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

der Osterzeit der GPH, logalischen Frauen und Jugendgruppen im Stadtteil...

Stadttheater

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Freischütz

Ufa-Theater Alte Promenade

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

Der behende Berg

APITOL

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Das Liebeslied

Nicht nur billig, sondern lebendfrisch ist der Fisch

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Nordsee

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Walhalla

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Butter

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Schlachtfest

Arbeiter Wohlfahrt

Arbeiter Wohlfahrt

Arbeiter Wohlfahrt

Arbeiter Wohlfahrt

Arbeiter Wohlfahrt